

In einer Januarnacht des Jahres 1957 verabschiedete der Deutsche Bundestag eine neue Grundlage der gesetzlichen Alterssicherung. Vorangegangen war die längste Debatte, die das Bonner Parlament je erlebt hatte. Am Ende stimmte die Unionsfraktion dem Reformwerk geschlossen zu, ebenso die SPD-Fraktion, obwohl sie damals in der Opposition war. Mit Nein votierte die kleine Schar der FDP-Abgeordneten, die im Februar 1956 in die Opposition gegangen waren.

Die Resonanz der Reform war gewaltig. „Bisher ist kein Beispiel dafür bekannt“, resümierten die Allensbacher Demoskopon, „dass irgendein Gesetz, eine Institution oder sogar Verfassung und Symbole des Staates auch nur annähernd so positive Resonanz gehabt haben wie die Rentenreform.“ Dass die damals lebende Rentergeneration hochofrend war und sich in der Bundestagswahl 1957 bei Adenauer bedankte, ist leicht erklärbar. Denn die Rentenzahlungen erhöhten sich mit einem Mal um etwa 65 Prozent. Das war ein Akt nachholender Gerechtigkeit, hatten die Sozialrentner doch bis dahin im Schatten des „Wirtschaftswunders“ gestanden. Aber auch die meisten Erwerbstätigen standen der Reform wohlwollend gegenüber. Die Novelle eröffnete vielen Arbeitern und Angestellten eine neue Lebensperspektive: die Aussicht auf einen Ruhestand ohne Angst vor sozialer Deklassierung, ohne die Notwendigkeit, sich auf das Allernötigste einzuschränken, ohne die Sorge, der Familie zur Last zu fallen oder von der Fürsorge unterstützt werden zu müssen.

Die Ziele der Rentenreform von 1957 erfasst man am besten mit den Worten „Lohnersatzfunktion“ und „Lebensstandardsicherung“. Die Rente sollte ihren armseligen Charakter verlieren und auf ein Niveau gehoben werden, auf dem sie den Lohn nach einem erfüllten Arbeitsleben hoch genug ersetzt, um den erarbeiteten Lebensstandard auch im Alter zu gewährleisten. Dieses ehrgeizige Ziel erforderte eine kräftige Anhebung des Leistungsniveaus, aber auch ein ganz neues Prinzip: die „Dynamisierung“ des Renten-systems.

Ursprünglich war die Rente statisch konzipiert. Sie wurde nach dem Nominalwert von Beitragszahlungen berechnet, die von der Entwicklung der Produktion, der Preise und Löhne längst überholt waren, wenn man in Rente ging. Auch während des Rentenbezugs gab es kein geregeltes Anpassungsverfahren. Das hat die Reform von 1957 geändert, wobei sie – im internationalen Vergleich ohne deutliches Vorbild – die aktuelle Lohnbewegung als Bezugsgröße wählte. Konkret: Wenn man in Rente geht, wird der Wert der Beiträge, die man vor Jahren oder Jahrzehnten gezahlt hat, auf das aktuelle Lohnniveau hochgerechnet. Und wenn die Rente dann läuft, folgt sie der weiteren Lohnentwicklung in einem geregelten Verfahren.

Auf die Idee, diese Konstruktion „dynamische Rente“ zu nennen, kam als Erster der Freiburger Ökonom J. Heinz Müller. Adenauer hat diese Bezeichnung intern einmal „völliger Kappes“ genannt. Er hätte lieber von Produktivitätsrente, Lohnwertrente oder dergleichen gesprochen. Aber der Siegeszug der Wortschöpfung „dynamische Rente“ war unaufhaltsam. Sie trifft auch einen wichtigen Punkt: Die dynamische Rente hat die Dynamik des Wirtschaftsgeschehens in das Recht derer aufgenommen, die nicht mehr im Erwerbsprozess stehen.

Kostenlos war der Anstieg der Rentenzahlungen nicht zu haben. Der Beitragsatz sprang sofort von 11 auf 14 Prozent, und man nahm an, dass die demographische Entwicklung nach zehn Jahren eine Anhebung auf 16,25 Prozent und nach weiteren zehn Jahren auf 18,25 Prozent erforderlich machen würde. Damit werde man bis 1987 auskommen, dem Ende des Prognosezeitrums.

Mit der Rentenreform von 1957 verabschiedete sich die Sozialpolitik außerdem von dem Gedanken, dass die Rentenversicherung einen Kapitalstock ansammeln müsse, um die Rentenansprüche langfristig zu decken. Stattdessen vollzog sie eine Achsendrehung zum Umlageverfahren, was im Prinzip bedeutet, dass das Geld noch im selben Monat von der Hand der einen Generation in die Hand der anderen wechselt.

In Zuge dieser Wendung entstand ein neuer Leitbegriff der politischen Rhetorik: Generationenvertrag. Diese Formel wurde vor allem von dem Bonner Ökonomen Wilfrid Schreiber verwendet und sollte glaubhaft machen, dass der Wegfall der materiellen Deckung durch die Idee der Solidarität der Generationen kompensiert werden müsse. Heute ist das Umlageverfahren ins Gerede gekommen. Vor allem die Anbieter von Finanzmarktprodukten finden eine Kapitaldeckung viel interessanter. Festzuhalten ist indes: Ohne das Umlageverfahren wären zwei wesentliche Integrationsleistungen der deutschen Geschichte nicht möglich gewesen: die volle Eingliederung der vielen Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge in die gesetzliche Rentenversicherung und die Angleichung der Renten in Ost und West nach der Wiederverei-

Adenauer im Rückblick stöhnte, er sei darob „fast verrückt geworden“. Fast gänzlich verschwunden aus dem kollektiven Gedächtnis sind unterdessen die Sicherungen und Vorsichtsmaßnahmen, mit denen die dynamische Rente 1957 versehen wurde.

So enthielt die Rentenformel bei der Berechnung des aktuellen Lohnniveaus ein beträchtliches Verzögerungsmoment, das bewirkte, dass die Renten der Lohnentwicklung nur gedämpft und zeitversetzt folgten. Daher blieb das Rentenniveau bis zu seiner weiteren Anhebung 1972 erheblich hinter der ursprünglich angepeilten Höhe, die nach 40 Arbeitsjahren etwa 70 Prozent des Nettolohns vergleichbarer Arbeitnehmer betragen sollte.

Angepasst wurden die Rentenzahlungen überdies nicht automatisch. Vielmehr

zugeschnitten. Andere Arbeitsformen, zumal die häusliche Arbeit und die Erziehung von Kindern, nahm das Rentenrecht nicht zur Kenntnis. Das Leitbild des männlichen Familiernährers, der die Ehefrau mitversorgt, war vor einem halben Jahrhundert noch selbstverständlich. Zum anderen sah die dynamische Rente keine Grundsicherung vor. Bis 1957 hatte es einheitliche Grundbeträge gegeben, die fielen nun weg. Stattdessen kam eine ziemlich strenge Äquivalenz von (lohnbezogenem) Beitrag und (beitragsbezogener) Rente zum Zug: Die Rente sollte den Erfolg und die Dauer des individuellen Arbeitslebens möglichst genau abbilden und die Bürger damit auch spüren lassen, dass das Transfereinkommen nicht aus einer unerschöpflichen Börse kam.

Renteneintrittsalters war die logische Folge. Die FDP verschaffte den Selbständigen äußerst günstige Möglichkeiten, sich in die Rentenversicherung einzukaufen. Zudem wurde ein Mindestlohn in die Rentenformel eingebaut, der die frühere Lohndiskriminierung von Frauen nachträglich milderte, sofern sie mindestens 25 Versicherungsjahre aufweisen konnten.

Alles zusammen war nicht solide finanzierbar. Die Politik zog damals einen Wechsel auf die Zukunft, der nur unter günstigsten Umständen beglichen werden konnte. Nicht 1957, sondern 1972 hat die Rentenpolitik erheblich gegen das Gebot verstoßen, die Sozialversicherung auf Dauer krisenfest zu finanzieren.

Das bittere Erwachen kam schnell. Dabei ist nicht nur an den Ölpreisschock

ten, hat sich für die letzte Rentenreform der alten Bundesrepublik und zugleich die erste, die im Zeichen der „demographischen Herausforderung“ stand, die Bezeichnung „Rentenreform 1992“ eingebürgert. Schon damals lautete die Prognose: Die deutsche Bevölkerung wird langfristig schrumpfen und altern, so dass der Beitragssatz auf 36 Prozent im Jahr 2030 ansteige, wenn die Politik untätig bliebe. Also entschied man sich, den Anstieg des Beitragssatzes zu verlangsamen.

Diesem Zweck diente unter anderem die Abkehr von der Anpassung der Rentenerhöhung an die Entwicklung der Bruttolöhne hin zu der Bezugnahme auf die Entwicklung der Nettolöhne. Zudem schuf man einen ausgeklügelten Finanzierungsverbund, von dem man annahm, dass er den Lastenanstieg wie ein sich selbst regulierendes System kommunizierender Röhren auf die Beitragszahler, die Rentenempfänger und den Bundeszuschuss verteilen werde.

1989 gerieten die Altersgrenzen in den Fokus der Politik, wobei man allerdings nur die vorgezogenen Altersgrenzen im Auge hatte: Wer seine Rente vorzeitig mit 60 oder 63 Jahren in Anspruch nimmt, muss seither mit Abschlägen rechnen, wenn auch mit langen Übergangsfristen. Zu den expansiven Schritten zählte eine Vielzahl frauen- und familienpolitisch begründeter Maßnahmen. Damit setzte die „Rentenreform 1992“ fort, was 1986 mit der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten begonnen worden war.

Neue deutsche Alterssicherungspolitik

Von Professor Dr. Hans Günter Hockerts

Die Epoche der dynamischen Rente währte von 1957 bis 2001. Was sie einst allein erreichen sollte, dürfte künftig nur noch in Kombination mit betrieblicher und privater Altersvorsorge möglich sein: die Sicherung des erarbeiteten Lebensstandards. Der Rückblick auf die Rentenreformen der deutschen Nachkriegsgeschichte gerät daher zu einem Nachruf.



Im Kern war die „Rentenreform 1992“ ein Spargesetz, das den Beginn einer dauerhaften Konsolidierung bilden sollte. Aber dann veränderte sich die Gesamtlage auf dramatische Weise. Die deutsche Vereinigung war ein freiheits- und nationalpolitischer Glücksfall. Sie hat die Rentenkassen jedoch sehr belastet. Die Kosten der Einheit wurden größtenteils der Renten- und der Arbeitslosenversicherung aufgebürdet, ließen sich Beitragserhöhungen doch viel leichter durchsetzen als Steuererhöhungen. Dass Kosten, die alle Steuerzahler hätten tragen müssen, den Versicherten auferlegt wurden, zählt bis heute zu den problematischsten Aspekten der Einigungspolitik.

Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung stiegen in der Folge stark an – umso mehr, als die Unternehmen immer mehr ältere Arbeitnehmer in die Frühverrentung schickten, den Sozialstaat also zum Packesel ihrer Personalpolitik machten. Während die Aktienmärkte boomten, ging die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung stark zurück. Nun hieß es, die jüngere Generation sei eine Verlierergeneration, die Rente sei für sie ein miserables Geschäft, und es sei höchste Zeit, die Alterssicherung auf kapitalfundierte Formen umzustellen.

Insgesamt drangen drei Faktoren mit Macht auf eine Neuvermessung der Alterssicherung: das Interesse der Anbieter und Vermittler von Finanzmarktprodukten, das Streben nach einer Senkung der Lohnnebenkosten und der „demographische Faktor“. In diesem Spannungsfeld bildete sich die „neue deutsche Alterssicherungspolitik“ heraus, die sich seit 2001 in der langfristigen Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus bemerkbar macht. Schon jetzt lässt sich ausrechnen, dass ein Durchschnittsverdiener demnächst mehr als 37 Beitragsjahre benötigen wird, damit seine gesetzliche Altersrente die Armutschwelle übersteigt.

Am fünfzigsten Jahrestag der Verabschiedung der Rentenreform des Jahres 1957 veröffentlichte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Pressemitteilung. So knapp und distanziert wie nur möglich entledigte sich der Minister damit der Erinnerungspflicht, die der mediale Jubiläumswang auferlegt. Auch so sprang ins Auge: Der Gründungsimpuls der dynamischen Rente hat keine orientierende Wirkung mehr. Er ist – wie die Bonner Republik – Geschichte geworden.

♦ ♦ ♦

Der Verfasser lehrt Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität München.
Friedel Anderson, Wand, 1997, 30 x 40 cm, Öl/Hartfaser.

Beteiligungen und Geldverkehr

Kapitalbeteiligung
Wir sind ein erfolgreicher Vertriebsentwickler im Bereich Versicherungen für Menschen mit Behinderungen u. suchen für eine zukunftsorientierte, faire u. lukrative Zusammenarbeit einen Produktlieferanten als strategischen Partner. Kontakt bitte unter 23051265 - F.A.Z. - 60267 Ffm.

Neue Design-Markte für Management-Einrichtungen sucht Geldgeber oder Teilhaber (auch tätigen). Rückrufwunsch unter 0151-51217800

Rendite-Immobilien in der Schweiz
www.matura-finance.com

Die Rendite
www.euro-plus1.de
Tel.: 075 31/9 42 28-0 - Fax: 9 42 28-59

Monatliche Rendite ab 5 %
Mindestkapital: Euro 100'000.-
memberbusiness@gmail.com

1.000.000 € für Betriebsverwertung gesucht. Sicherheit vorhanden.
www.engler-tew.de Tel.: 01577/4019967

100 % p. a. Gewinn! Daytrader verdoppelt Kapital jedes Jahr. Tel. 0821/2097746

Landwirtschaft sucht Investoren für Ackerland. Tel. 0151/5747 1666

Arabische Investment-Gesellschaft finanziert!
Info Tel.: 0049(0)531/310 21 92

Investition Schweiz
Schweizer Beratergruppe analysiert Ihre Bedürfnisse, klärt die Rahmenbedingungen u. sucht das geeignete Unternehmen / Objekt. Anfragen an: info@mmsgroup.ch +41-52-2692100 info@alpha-set.ch +41-71-2780883

Wollen Sie als Mäzen Kinderarmut bekämpfen?
Wir sind eine mittelständische, gemeinnützige Stiftung in Deutschland. Für unsere int. Kinderhilfsprojekte würden wir mehrfach ausgezeichnet. Wir suchen den Mäzen, Sponsor oder Stifter, der mit einem finanziellen Engagement von Gewicht dauerhaft Kindern helfen will. Die Stiftung kann Ihren Namen führen.

Eine vertrauliche Kontaktaufnahme garantiert Ihnen unser Berater, Herr Strobl, Tel. 09374/970 400.

Sofort Bargeld und seriöse Abwicklung!
Durch den Erwerb von bankengewerteten Eigentumswohnungen, Lage und Mieterklientel einwandfrei, 100% Finanzierung, keine Nebenkosten, Top-Lagen in Deutschland, Einkommen mind. 1.700,- € netto monatlich Ausschüttung von 20.400,- € bis 50.000,- €. Tel. 076 43/93 77 66 - Fax 076 43/93 77 67 GEW.

Bieten Beteiligung
an der Projektumsetzung im Wachstumsmarkt Seniorenpflegeheimen. Erforderliches Kapital ab 100.000 €. Zuschriften erbeten unter 23051787 - F.A.Z. - 60267 Ffm.

Kapital aus In- u. Ausland T/F 06144-43886

www.mytrade.de - Börsenbriefe - Lesen Sie, wie aus 5000,- Euro innerhalb von 90 Tagen 152.885,- Euro wurden

Kapitalverdoppelung ab 1 Mio. EUR in 4 Wochen. Infos nur im persönlichen Gespräch und gegen Vorlage eines aktuellen Kapitalnachweises. Email: kapitalverdoppelung@t-online.de

Gesellschaft (GmbH) sucht Beteiligungskapital in Höhe v. 150.000,- von PRIVAT. Absicherung durch Erstrangige Grundschuld. Zuschriften erbeten unter 23052138 - F.A.Z. - 60267 Ffm.

Droht Insolvenz – GmbH in Not?
Selbst in schwierigen Fällen bieten wir konkrete Lösungen an – legal, schnell, kompetent und vor allem rechtssicher. In Frage kommen GmbHs, Aktienges., KGs und auch Ltds. Unser Team verfügt über jahrelange Erfahrung, arbeitet bundesweit und qualifiziert sich durch hervorragende Referenzen. Ausführliche Informationen im Internet.

AIDA Wirtschaftsdienste GmbH
Tel.: 030/2639 7890, Fax: 030/2 6397 8931
web: www.aida-wirtschaftsdienste.de
E-Mail: info@aida-wirtschaftsdienste.de

Weltweit patentiertes und prämiertes Containerbefüllsystem sucht Investoren für die globale Markteinführung. Zuschriften erbeten unter 23049460 - F.A.Z. - 60267 Ffm.

A-REAL estate sucht **Investoren / Stille Teilhaber** für lukrative Bau-Projekte in der Türkei. Tel: 05121 / 88 45 960

DAX - FUTURE - HANDEL
International bekannter langjähriger Börsenhändler bietet Ihnen die Chance, "liffe" dabei zu sein. Tägliche Kontoauszüge. Ihre Einlage ab 20.000,-. Verdienen Sie JETZT am Chaos der Märkte. Tel.: 06071-928243 e-mail: seller44@web.de

Eigenkapital
Beteiligungen - Unternehmensnachfolge
Investor: Euro-Suisse-Plus AG
Tel. 075 31/9 42 28-23 - Fax 9 42 28-59
E-Mail: info@euro-suisse-plus.de

Unerschlossene Bargeldquellen!
Factoring für Unternehmen aller Branchen und Größen. Keine Ausschüsse! Info anfordern: Tel. 06761 - 26 99 231 www.fs-consult.li

Landwirtschaft sucht Investoren für Ackerland. Tel. 0151/5747 1666

Suche Investor ca. 50.000 - €, hohe Rendite. Tel. 059 53/92 50 53

Offshore Konto
garantiert Anonymität
Steuerbefreiung (fast 100 %)
venture.capital@hotmail.com

Unternehmensbeteiligungen an Unternehmen - Gebäudeservice und Gebäudemanagement - mit einem Umsatz > 5 Mio. € p.a. gesucht. Zuschriften erbeten unter 23049853 - F.A.Z. - 60267 Ffm.

Investoren gesucht ab 5000 € (bis 20 Mio.)
Laufzeit: 1-4 Jahre. Garantierte Rendite 12% p.a. plus Gewinnbeteiligung bis zu 25% p.a.
Investition: Regenerative Energien, Software- u. Pharmabereich. Mittelverwendung durch Wirtschaftsprüfer/Notar abgesichert. Teilhaberschaft und ggf. Geschäftsführung u. U. möglich. Bei Vermittlung wird nur auf Erfolgsbasis Honorar vergütet. Zuschriften erbeten unter 23050934 - F.A.Z. - 60267 Ffm.

SOLIDE IMMOBILIEN FINANZIERUNG
Für Wohn- und Gewerbeobjekte als Ankauf-Umfinanzierung oder Baufinanzierung unter Umständen auch bei Bonitätsschwierigkeiten (keine Rechtsberatung)
Hypo-Leasing – Maastricht-Niederlande
Telefon 0031/43/356 01 01 - Fax 0031/43/356 04 50
E-Mail: info@hypoleasing.nl - www.hypoleasing.nl

Wir vermitteln: Österreichische Banken vergeben Kredite für Firmen, Immobilien & Energie
www.ikv-bayern-kredit.eu
Tel. 0043-650 55 45 498

Schweizer Aktiengesellschaft - Neugründungen zu den günstigsten Konditionen
bieten wir Ihnen für weniger als 3900 EUR. Ihre Vorteile: Steuereinsparungen - Mögliche Abmeldung in Deutschland durch Anmeldung in der Schweiz - Sofortige Arbeitsstelle in Ihrer Aktiengesellschaft - Anonym durch Inhaberkarten - Keine Altlasten durch Neugründung - Freie Namenswahl - Verwaltungsrat kann mit Treuhändervertrag gestellt werden etc. Wir besuchen Sie auf Wunsch persönlich in Deutschland - Rufen Sie uns jetzt an für weitere Informationen unter Tel. 0041-76-3877367 oder Fax 0041-41-7870847 24Std./7Tage für Sie erreichbar

Droht Zwangsversteigerung?
Wir ersteigern Ihre Immobilie.
Wir lösen Ihre Probleme.
(Keine Rechtsberatung)
V & V Immobilien GmbH
Tel. 06725/302 400